

3522/AB-BR/2020

vom 01.12.2020 zu 3800/J-BR

bmk.gv.at

= Bundesministerium

Klimaschutz, Umwelt,
Energie, Mobilität,
Innovation und Technologie

Leonore Gewessler, BA
Bundesministerin

An die
Präsidentin des Bundesrates
Dr. ⁱⁿ Andrea Eder-Gitschthaler

leonore.gewessler@bmk.gv.at
+43 1 711 62-658000
Radetzkystraße 2, 1030 Wien
Österreich

1017 W i e n

Geschäftszahl: 2020-0.647.102

. Dezember 2020

Sehr geehrte Frau Präsident!

Die Bundesräte Leinfellner und weitere Bundesräte haben am 6. Oktober 2020 unter der Nr. **3800/J-BR** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend allfälliger Gespräche und Pläne für ein gemeinsames Projekt Umfahrung Liezen gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 14:

- *Wann fanden zuletzt Gespräche mit dem Land Steiermark über eine Umfahrung der Stadt Liezen statt?*
- *Was war der konkrete Inhalt dieser Gespräche?*
- *Gibt es dazu derzeit laufende Gespräche?*
- *Falls ja, wie gestalten sich diese konkret?*
- *Ist aus derzeitiger Sicht angedacht, dass sich der Bund am Projekt für eine Umfahrung der Stadt Liezen finanziell oder in anderer Form beteiligt?*
- *Falls ja, wie könnte eine solche Beteiligung konkret aussehen?*
- *Sind hierfür Budgetmittel reserviert?*
- *Falls ja, in welcher Höhe?*
- *Gab es seit Herbst 2018 von Seiten des Landes Steiermark Ersuchen um eine Beteiligung des Bundes am Projekt für eine Umfahrung der Stadt Liezen?*
- *Falls ja, wann und wie gestalteten sich diese konkret?*
- *Ist Ihnen der aktuelle Planungsstand für eine Umfahrung der Stadt Liezen bekannt?*
- *Falls ja, wie gestaltet sich dieser Ihres Wissens nach konkret?*
- *Gibt es aus Ihrer fachlichen Sicht eine bevorzugte Variante für eine Umfahrung der Stadt Liezen?*
- *Falls ja, wie sieht diese Ihrer fachlichen Ansicht nach konkret aus?*

Die B 320 fällt im Bereich der Umfahrung Liezen seit der Erlassung des Bundesstraßen-Übertragungsgesetzes BGBI. Nr. 50/2002 generell in die Kompetenz des Landes Steiermark. Eine Mitbeteiligung an einer Umfahrung an einer Landesstraße ist aus den Bundesgesetzen somit auch nicht ableitbar und kann daher auf Basis der geltenden Rechtslage seitens meines Ressorts auch nicht erfolgen. Daher gab es auch keine Gespräche mit dem Land Steiermark seitens BMK und ASFINAG zu diesem Projekt.

Leonore Gewessler, BA

